Montag, 10. Oktober 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 477 * Ausgabe B Nr. 237
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 477

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

T. W. Obgleich die Sorge um Oberschlesien immer gleich brennend geblieben ist, hat man bisher in Deutschland den Methoden des Völkerbundsrates gegenüber eine lobenswerte Zurückhaltung bewahrt. Wir haben uns höflich verbeugt, als man in Genf den Vertretern Belgiens, Spaniens, Brasiliens und Chinas die Entscheidung übertragen hat. Wir haben ruhig und wohlerzogen die Meldung aufgenommen, daß der eine der beiden Sachverständigen, die man zur Prüfung der wirtschaftlichen Fragen ernannte, ein Tscheche sei. Kein Laut der Kritik ist über unsere Lippen gekommen, und nur ganz im stillen haben wir bei dieser Kunde an das durchsichtige deutschfeindliche Intrigenspiel des tschechisch-slowakischen Ministers Benesch gedacht. Jetzt wird behauptet, daß ein so gestaltetes Rechtsverfahren ungefähr das hervorgebracht habe, was sich von ihm erwarten ließ. Es soll feststehen, daß die vier Delegierten aus Belgien, Spanien, Brasilien und China eine Teilung des oberschlesischen Industriegebietes vorgeschlagen haben, die ungefähr den von Herrn Sforza irgendwo, an der Quelle der Egeria, gefundenen Projekten entspricht. Die beiden Sachverständigen ihrerseits haben, wie versichert wird, den Plan eines unter polnischer Oberhoheit stehenden, wirtschaftlich „autonomen", durch keine Zollschranken von Deutschland getrennten, deutsch organisierten, von der Entente kontrollierten Oberschlesien ausgeheckt. Sollte das alles zutreffen, so würde die Kunst der Zurückhaltung schwierig auszuüben sein. Ein Verständnis dafür, daß dieses ganze Oberschlesien überhaupt nur durch deutschen Fleiß und deutschen Schaffensgeist erzeugt, erweckt, aus einer Wüste, die den benachbarten polnischen Wüsten glich, in ein riesiges Arbeitsfeld verwandelt wurde, scheint, falls die Nachrichten zutreffen, nicht zu bestehen. Oder doch, es besteht, und darum möchte man den Deutschen die Arbeit lassen und den Polen den Besitz. Die vierzig Prozent der Stimmen, die für Polen abgegeben wurden, müssen berücksichtigt werden, schreit die Pariser Imperialistenpresse, die edle Hüterin der Volksrechte, und diese lichte Weisheit hat man auch den Herren in Genf an's Herz gelegt. Wir sind nicht, wie andere Demokraten, für die Unterdrückung und Schikanierung der Minoritäten, wollen jedem das Seine lassen, und der Reichskanzler Wirth hat das soeben noch einmal versichert und der oberschlesischen Bevölkerung alle Freiheiten, die sich aus der Autonomie ergeben, versprochen, aber es ist nichts als Willkür und Rechtsbruch, wenn man bei der Frage der Staatszugehörigkeit eine andere Stimme als die der Majorität entscheiden läßt. Die polnische Minderheit hat Oberschlesien nicht gemacht. Aber es gibt in anderen Staaten deutsche Minderheiten, die jetzt unter der Fremdherrschaft leben, denen die Rechte der Autonomie nicht gewährt werden, und die doch alles gebaut und geschaffen haben, was es in ihrem Umkreise an Kultur und Wohlstand gibt. Sehen die Alliierten nicht, welch grandiose Parole man diesen deutschen Minderheiten und uns für die Zukunft zur Verfügung stellt? Wie ist es denn, Herr Benesch, mit den Deutschböhmen — wollen Sie denen nicht auch sagen, daß die Minoritäten das Recht haben, sich von dem Staate, dem sie angehören, zu trennen? Wenn Herr Benesch es ihnen nicht sagen will, so werden wir es ihnen sagen müssen, obgleich wir bisher für einen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen, für eine Politik der Annäherung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei gewesen sind. Wer den polnischen vierzig Prozent zuliebe, oder doch angeblich ihnen zuliebe, Oberschlesien zerreißen möchte, wird erkennen lernen, daß das auf sehr gefährliche Wege führt. „Nehmt sie hin, sie wird die Runde um die Welt machen!" rief Lafayette in den Frühlingstagen der Revolution, als er den Nationalgarden die neue dreifarbige Kokarde gab. Auch die Kokarde, die man in Genf zu fabrizieren scheint, würde die Runde um die Welt machen und morgen die Kokarde aller von ihren Sprachgenossen losgelösten Volksgruppen sein!

Der Völkerbundsrat hat, wohl in einem begreiflichen Unbehagen, die Vorschläge seiner Kommission und seiner Sachverständigen nach London und nach Paris geschickt. Die Hoffnung bleibt noch bestehen, daß die bisherigen Mitteilungen zu pessimistisch waren oder daß eine aus gründlicherer Kenntnis und klarerer Voraussicht sich ergebende Staatsweisheit das Ungeheuerliche verhindern wird. Immerhin muß man sich in Deutschland überlegen, was bei einem ungünstigen Ausgange des Prozesses, einem falschen und ungerechten Urteilsspruche, geschehen soll. Mit Protesten, Kundgebungen der Entrüstung und Zornesausbrüchen wäre wenig getan. An gewaltsamen Widerstand gegen eine von der ganzen Entente und ihren Kanonen geschützte Entscheidung denkt kein vernünftiger Mensch. Aber jene freundliche Vorsehung, die dem friedlichen Land die Stacheln gegeben hat, hat auch uns für den Fall, daß wir den Polen den oberschlesischen Raub wieder abjagen müßten, mit Friedenswaffen versehen. Hier an dieser Stelle ist seit vielen Monaten immer wieder ausgeführt worden, daß Deutschland dem total bankrotten, in seiner Eingeschlossenheit verkommenden Polen die Türen öffnen könne, wenn man in Warschau bereit zum Verzicht auf territorialen Zuwachs sei. Ein Handelsvertrag, Anbahnung wirtschaftlichen Verkehrs, Vorzugspreise für oberschlesische Kohlen und andere Vereinbarungen würden dem polnischen Volke eine Hilfe bringen, die es in Oberschlesien nicht finden kann. Frankreich kann die polnischen Machträume eine Weile lang anheizen und befriedigen, aber Opium hat noch nie den Hunger gestillt. Frankreich kann die Polen ermutigen, eine stattliche Armee zu unterhalten, aber nicht die Hilfsquellen beleben, aus denen die Armee sich ernährt. Es ist klar, daß der polnische Staat, eingezwängt zwischen Deutschland und Rußland, ohne eine wirtschaftliche Verständigung mit dem deutschen Nachbarn früher oder später zusammenbrechen wird. Wenn man ihm Oberschlesien oder für uns unentbehrliche Teile zuschieben sollte, so werden wir mit allen erdenkbaren Mitteln dafür sorgen müssen, daß es früher geschieht. Es wäre bedauerlich, wenn von deutscher Seite unterlassen worden sein sollte, in unverbindlichen Gesprächen den Polen die Bereitwilligkeit zu wirtschaftlichem Entgegenkommen darzutun. Allerdings müßte ihnen diese Bereitwilligkeit auch ohne solche Gespräche vermutlich nicht ganz unbekannt. Man darf aber keinen Zweifel daran lassen, daß wir heute noch bereit wären und morgen, nach einer für uns unglücklichen Entscheidung, nicht mehr. Dann müßte im Gegenteil der Verschluß so dicht, müßte die Absperrung so organisiert werden, daß nicht nur kein Kamel, sondern auch kein Huhn, keine Warenliste ferner durch das Nadelöhr geht. Es würde dann, unter strengster Niederhaltung jedes individuellen Eigennutzes die Pflicht der deutschen Regierung sein, systematisch die Ausdörrung eines Landes herbeizuführen, das nicht verträglich neben uns leben will. Wir wissen wohl, daß die von uns losgerissenen Deutschen darunter leiden würden, aber sie würden einsehen, daß die schwere Medizin auch sie der Heilung näherbringt. Das demokratische Deutschland steht der Gattung der Raubvögel fern. Aber es müßte und würde sich wehren, wie sich der Igel wehrt.

Zu dieser Politik gehört es auch, daß unser Verkehr mit dem anderen Nachbarn Polens, mit Rußland, allmählich immer mehr in die richtigen Bahnen geleitet wird. Unser Widerwille gegen die bolschewistische Tyrannei und unser Mitleid mit den Unterdrückten sind Gefühle, die wir nicht in uns austilgen können und wollen, aber immer wieder muß man in einem Lande, wo die künstlich aufgepeitschte Abneigung gegen England und andere Abneigungen zu folgenschweren Irrtümern geführt haben, daran erinnern, daß in der auswärtigen Politik Gefühle ein unerträglicher Ballast sind. Der alldeutsche Graf Reventlow hat, vor längerer Zeit schon, eine hier erschienene Bemerkung, er sei bei dem bolschewistischen Vorstoß in Polen für ein kriegerisches Zusammengehen mit den Sowjetscharen gewesen, heftig dementiert. Neulich hat er, aus der Verborgenheit auftauchend und sein „Dementi" vergessend, in einer deutschvölkischen Versammlung sein Bedauern darüber geäußert, daß Deutschland damals versäumt habe, gemeinsam mit den Bolschewisten gegen Polen zu ziehen. Den Enthusiasmus für solche Kriegstaten und solche Verbrüderungen lassen wir ihm gern. Notwendig ist es, planvoll die wirtschaftliche Wiederaufschließung Rußlands vorzubereiten und immer mehr Fäden anzuknüpfen, und das würde, wenn das polnische Staatsgebiet weiter auf unsere Kosten vergrößert werden sollte, noch sehr viel notwendiger sein. Leider kann nicht unerwähnt bleiben, daß im Auswärtigen Amte gerade an der Stelle, wo mit Umsicht und gewiß auch mit Vorsicht diese Fäden geknüpft werden müssen, einiges auseinanderfällt: Die Leitung liegt dort bei Persönlichkeiten, gegen die das allgemeine Urteil sich ausspricht, und der einzige Mann, der bisher mit großer Rührigkeit die Dinge gefördert, die Verbindungen geschaffen hat, wird entfernt. Es kann nicht ausschlaggebend sein, daß dieser Diplomat seiner Fahrt in ein anderes, klassisches Land mit Vergnügen entgegensieht. Man wird, mit ruhiger Sachlichkeit, prüfen müssen, ob den näheren deutschen Interessen ein solcher Wechsel bekömmlich ist. Wir haben seit langem die Ansicht vertreten, daß Deutschland, die führenden Ententestaaten und die Sowjetregierung am besten täten, gemeinsam einen Arbeitsplan festzustellen. Eine solche Verständigung wäre auch heute noch wünschenswert. Die Art, wie man Frithjof Nansen abwies und gegenüber der russischen Not zu keinem Entschluß gelangte, könnte skeptisch stimmen. Jedenfalls müssen wir, ohne Rücksicht auf andere, in Rußland handeln, wenn man in der oberschlesischen Frage auf die deutschen Lebensinteressen keinerlei Rücksicht nimmt. Frankreich hat geglaubt, ein ausgedehntes Polen werde zwischen Deutschland und Rußland ein Graben sein. Die Tatsachen müssen lehren, daß ein zu aufgeblähtes, auch noch mit oberschlesischem Land gemästetes Polen durch die Gegnerschaft, die es auf beiden Seiten erweckt, nicht trennt, sondern vereint.

Der englische Unterrichtsminister Fisher hat in Genf einem Korrespondenten des „Temps" gesagt, die Aufgabe, „die demokratische Entwickelung Deutschlands zu erleichtern", sei eine Hauptaufgabe der englisch-französischen Entente. Das gemeinsame Interesse Englands und Frankreichs sei es, daß Deutschland sich mit friedfertigem Geiste erfüllt. „Aber die Entwickelung eines Volkes", hat er hinzugefügt, „ist sehr kompliziert, und es handelt sich darum, zu wissen, wie man diese Umwandelung der deutschen Mentalität begünstigen kann. Darüber, und nur darüber, sind die Meinungen geteilt." Kann jemand, der nicht ein vollendeter Idiot, nicht ein von Haß und Furcht gepeitschter Kriegsmacher wie Herr Poincaré, und nicht ein Boulevardjournalist ist, mit ernster Miene behaupten, die jedes Rechtsempfinden verletzende, jedes Volksempfinden tief aufreizende Wegnahme oberschlesischer Landesteile wäre für die Entwickelung der Demokratie und des friedfertigen Geistes in Deutschland vorteilhaft? Seit der Begründung der deutschen Republik haben die Alliierten, hat besonders das „demokratische" Frankreich alles getan, um die Demokratie in Deutschland zu ruinieren, den Nationalismus wieder aus dem Grabe zu erwecken, und es scheint ja, daß dieses Bestreben im Kreise des Völkerbundes jetzt Helfershelfer gefunden hat. Wenn die deutsche Demokratie sich behauptet, in unerhört schwieriger Lage alle Anschläge und Angriffe ihrer reaktionären Gegner bisher vereitelt hat, so ist das nicht mit Unterstützung der demokratischen Staaten draußen, sondern unter fortwährender Hemmung und Hinderung durch diese Staaten geschehen. Wir fragen: ist der Völkerbund zu diesem Geschäft gebildet worden, sind das seine Ziele und Aufgaben, hat man ihn dazu eingesetzt? Als nach dem für das italienische Einheitsringen vorläufig vernichtenden, von Frankreich erzwungenen Frieden von Villafranca, im Jahre 1859, der große Camillo Cavour von seinem Amte zurücktrat, schrieb er in einem Briefe: „Dieser Ausweg wurde mir weder von Zorn noch von Entmutigung diktiert." Wenn ein neuer Fetzen aus der deutschen Einheit herausgerissen werden sollte, werden der Reichskanzler Wirth und sein Kabinett sich überlegen müssen, ob es nicht richtig sei, auf eine solche Vergewaltigung die Antwort zu geben, die der ruhmvolle italienische Staatsmann gab. Den Zorn würden sie nicht mit der philosophischen Gelassenheit Cavours zu unterdrücken brauchen — Entmutigung kann es in Deutschland nur für diejenigen geben, die sich zu sehr ins Alte verkriechen, um das Neue zu sehen. Wir würden der ganzen inneren Entwickelung wegen das Verschwinden dieser Regierung beklagen müssen, aber wenn sie von der Entente und dem Völkerbundsrate gestürzt werden sollte, so würde ihr Abschiedswort dazu beitragen können, eine umnebelte Welt ein wenig aufzuhellen. Würde Deutschland nach dem Verlust seines oberschlesischen Industriegebietes noch imstande sein, die ohnehin zermalmenden Verpflichtungen zu erfüllen, die das Kabinett Wirth, in der Hoffnung auf das verheißene „fair play" und um Schlimmeres abzuwenden, mit Recht unterschrieb? Auch diejenigen, die bisher rieten, mit aller Kraft die Erfüllung zu betreiben, müßten auf solche Frage antworten: nein! Wir hoffen, wie gesagt, noch immer, daß die Nachrichten über das vorläufige Werk der vier Herren und ihrer beiden Sachverständigen in Genf sich als falsch erweisen werden, oder daß doch, unter der Hand kluger Staatsmänner, von diesem Werke nichts übrig bleiben wird. Sollte die Entscheidung so aussehen und so Kraft erlangen, wie sie dargestellt wurde, so würde man gradsinnigen Erdbewohnern nur raten können, jedem hundert Meilen weit aus dem Wege zu gehen, der, an der Stelle der alten Diplomatie, im Namen des Völkerrechtes Urteile fällt. Sollten das die Methoden sein, auf denen man die Majestät des Rechtsgedankens und den Schutz der Völker begründen will? Dann könnten wir nur ausrufen: „undertmal lieber zurück zu Talleyrand und Metternich!

Undurchführbare Genfer Vorschläge.

Pfarrer Ulitzka über die Teilung Oberschlesiens.

Telegramm unseres Sonderberichterstatters
Dr. Max Jordan.

Genf, 10. Oktober.

Der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Ulitzka aus Ratibor, Vorsitzender der oberschlesischen Zentrumspartei, der mit einer Reihe anderer Vertreter aus Oberschlesien mehrere Tage in Genf weilte, ist nach Berlin zurückgereist. Herr Pfarrer Ulitzka gewährte mir vor seiner Abreise eine Unterredung, in deren Verlauf er folgendes ausführte: „In der oberschlesischen Frage ist eine gewisse Krisis eingetreten. Die beiden vom Völkerbundsrat beauftragten Sachverständigen, der Tscheche Hodac und der Schweizer Herold haben einen Entwurf ausgearbeitet, der immerhin eine Lösung darstellt. Derselbe ist lediglich von dem Bestreben diktiert, in der oberschlesischen Frage eine Einigung der Engländer und Franzosen herbeizuführen und hat alle Fehler eines Kompromisses in höchster Potenz. Er will dem englischen Standpunkt Rechnung tragen, daß das oberschlesische Industriegebiet eine Wirtschaftseinheit ist, die nicht auseinandergerissen werden darf, und will auch den französischen Standpunkt versöhnen, daß die Bevölkerung des Industriegebietes polnisch sei und daher zu Polen gehörig. Man glaubt, die versöhnende Lösung darin gefunden zu haben, daß man politisch das oberschlesische Industriegebiet zu seinem weitgrößten Teil zu Polen schlagen, diesen polnisch gewordenen Teil aber als wirtschaftliche Einheit erhalten will, so daß die in der Industrie führende deutsche Intelligenz daselbst arbeite, und der deutsche Besitz dabei bewahrt bleibe. Dieses Projekt läuft auf eine glatte Zuteilung des Industriegebietes an Polen hinaus, hat aber noch den Nachteil, daß in dem naturnotwendig gegebenen Konflikt um die wirtschaftliche Suprematie die deutsche wie die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gleichmäßig leiden. Der Plan ist praktisch undurchführbar. Das leuchtet jedem ein, der die Stimmungen in der durch den Abstimmungskampf aufgepeitschten und mit der beabsichtigten Lösung auf beiden Seiten unzufriedenen Bevölkerung kennt. Auch die in dem Plan vorgesehene Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ist unmöglich. Man merkt dem Projekt auf den ersten Blick den französischen Einfluß an. Das Tröstliche bei der ganzen Sache ist die Tatsache, daß das Ganze nur ein Vorschlag ist, der von dem Auftraggeber, dem Völkerbundsrate, noch nicht angenommen worden ist und, wie selbst das „Journal de Genève" sagt, nicht veröffentlicht werden wird, bevor nicht die für die Entscheidung allein maßgebenden Mächte, Frankreich, England und Italien, ihre Zustimmung gegeben haben. Die Entscheidung liegt aber, wie dasselbe „Journal de Genève" bemerkt in London, Paris und Rom. Es kommt alles darauf an, wie sich die Ententemächte, wenigstens England, dazu stellen werden. Von der oberschlesischen Bevölkerung und der deutschen Regierung muß klar und entschieden die Unannehmbarkeit und die Undurchführbarkeit dieses Projektes erklärt werden. Die Phrase von der wirtschaftlichen und sozialen Einheit ist doch nur ein Pflaster auf die tiefe klaffende Wunde, die man Oberschlesien und dem Deutschen Reiche mit einer Entscheidung dieser Art schlagen würde. Die interessierten Mächte haben zu bedenken, daß eine solche Lösung eine Brüskierung des reparationswilligen Kabinetts Wirth ist, und den Bestand des Kabinetts und dessen versöhnende Politik aufs schwerste bedroht. Das fragliche Projekt hat die oberschlesische Frage nicht gefördert, sondern um ein großes Stück zurückgeschleudert."

(Siehe auch Seite 3.)